

Der Vollzugsdienst

4-5/2010 - 57. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Europa gestalten –
nationale Besonderheiten
kennenlernen**

Bundesleitung informiert sich über
Situation im italienischen Strafvollzug

Seite 1

**10. dbb bundesfrauenkongress in
Potsdam fordert: „Gleicher
Lohn für vergleichbare Arbeit!“**

Zahlreiche Ehrengäste aus
Politik und Gewerkschaft

Seite 7

**Ein großer Erfolg des
BSBD – Erfolg auch für
alle im Justizvollzug**

Land Baden-Württemberg ent-
schied über Dienstrechtsreform

Seite 11



Auch in Italien schwimmt der Strafvollzug manchmal!

Lesen Sie im Fachteil dieser Ausgabe: Kriminalität von Aussiedlern, Teil 2

„Auf ein Wort“ von Wilhelm Bokermann



„Das Ende der Geduld“

Kirsten Heisig, die mutige und zugleich erfolgreiche Jugendrichterin im Bezirk Berlin-Neukölln ist tot. War es ein Suizid?

Kirsten Heisig (48) war bis zu ihrem Tod die zuständige Jugendrichterin am Amtsgericht Tiergarten für das Rollbergviertel, dem schlimmsten Stadtteil von Berlin-Neukölln. Mit ihrem Konzept „Die Strafe hat der Tat auf dem Fuße zu folgen“ hat sie dort unter den jugendlichen Kriminellen, überwiegend ausländische Drogenhändler aus dem türkischen, aber noch stärker aus dem kurdisch-libanesischem Raum, „aufgeräumt“. All zu oft geraten diese Täter bereits im Kindesalter (sic!) auf die „schiefe Bahn“. Kirsten Heisig wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit zur bekanntesten Richterin Berlins. Ihr Konzept des schnellen Strafens ist als „Neuköllner Modell“ in die deutsche Rechtsgeschichte eingegangen. Im Juni dieses Jahres wurde es auf ganz Berlin übertragen. Ein überaus großer Erfolg für die aus Krefeld stammende Juristin, die als starke Persönlichkeit galt und bereits seit 1993 als Jugendrichterin tätig war. Am 30. Juni 2010 wurde sie als vermisst gemeldet.

Offenbar wenige Stunden vor dem später amtlich erklärten Selbstmord hatte **Kirsten Heisig** die letzten Manuskriptseiten ihres Buches „Das Ende der Geduld“ fertiggestellt. Mit dieser Veröffentlichung fordert sie das konsequente Handeln des Staates gegenüber jugendlichen Intensivtätern. Besonders bei Tätern aus dem Migrant- und Drogenmilieu diagnostiziert sie erhebliche Erziehungs- und Entwicklungsdefizite, die frühzeitig zu staatlichen Reaktionen führen müssten. Das bislang praktizierte Wegschauen der Verantwortlichen funktioniere nicht mehr, weil das Problem speziell in den Ballungsgebieten der Republik eine neue Dimension erreicht habe, die zum Handeln zwingt.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hat **Kirsten Heisig** für ihr jahrelanges Engagement gegen Jugendgewalt postum mit dem Kriminalistenorden „Bul le mérite“ ausgezeichnet. Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, **Heinz Buschkowsky** (SPD), würdigte die Jugendrichterin **Kirsten Heisig** als „außergewöhnliche Frau“, die dem Bezirk sehr fehlen werde.

Immer wieder hatte die Jugendrichterin öffentlich darauf hingewiesen, dass der Ton zwischen Ausländern – sprich Migrant- und Einheimischen rauer werde, was im Gerichtssaal durch Mangel an Respekt, durch Pöbeleien sowie das Fehlen jeglicher Schuldgefühle signifikant zum Ausdruck komme.

Der Ton wird rauer

In einem Interview mit der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ vom 10. Mai 2008 schildert **Kirsten Heisig** auf die fragende Feststellung des Redakteurs, wie nötig es ist, schnell zu urteilen, damit noch ein Schuldgefühl bei dem jugendlichen Rechtsbrecher vorhanden ist, folgenden Sachverhalt:



Kirsten Heisig ist tot. Ihr mutiger Kampf gegen Jugendkriminalität sollte der Politik und der Gesellschaft Mahnung und Ansporn zugleich sein, die offenkundigen Mängel der Integration von Zuwanderern zu beseitigen, bevor aus dieser eine Fehlentwicklung die öffentliche Sicherheit gefährdende Gewalt entsteht.

„Dabei ging es um einen Vorfall aus dem September 2007, dessen Bearbeitung bis zur Hauptverhandlung leider etwas längere Zeit in Anspruch genommen hat. Im Oberdeck eines Busses, der durch Kreuzberg fuhr, wurden einige deutsch-stämmige Frauen von drei türkisch-stämmigen Jugendlichen beleidigt, und zwar völlig unmotiviert. Die jungen Männer schrieten, man müsse die Deutschen vergasen und deutsche Frauen „ficken“. Einer war kurze

„Wenn wir nicht rasch und konsequent handeln, wenn wir unsere Rechts- und Werteordnung nicht entschlossen durchsetzen, werden wir den Kampf gegen die Jugendkriminalität verlieren!“

Kirsten Heisig

Zeit darauf auf eine junge Frau losgegangen und hatte sie verletzt. In der Hauptverhandlung zeigte sich, dass dies die geschädigten Frauen erheblich in Mitleidschaft gezogen hat. Dafür bekam der Haupttäter vier Wochen Dauerarrest. Ein Mittäter muss für zwei Wochen in Arrest, ein Dritter muss einen Arbeitseinsatz verrichten.

Einer der Angeklagten, ein türkisch-stämmiger junger Mann, versuchte in der Verhandlung die geschädigte Zeugin anzugrei-



Beim Amtsgericht Tiergarten war Kirsten Heisig bis zu ihrem Tod als engagierte Jugendrichterin tätig.



Immer öfter muss die Polizei in den Ballungsgebieten der Republik einschreiten, um jugendliche Gewalttäter in ihre Schranken zu weisen.

fen. Er schrie sie an: ‚Dreckskind, ich fickte Deine Mutter, ich mach’ Dich fertig! Das ist dann doch ein ungewöhnlicher Vorgang in einem Gerichtssaal. Er war nur deshalb von einer Verletzung der Frau abzuhalten, weil zwei Wachtmeister hinter ihm saßen, die ihn erst einmal gebändigt haben. Die Wachtmeister waren im Raum, weil dem jungen Mann anschließend ein Haftbefehl eröffnet werden sollte, wegen versuchten Totschlags - auch da war eine junge Frau das Opfer.“

Auf die weitergehende Frage des Redakteurs, ob **diese Wut-Explosion des Angeklagten die einzige Besonderheit** gewesen sei, führte die Jugendrichterin aus:

„Nein, der Sachverhalt, um den es hier ging, hat nach meiner Auffassung eine Besonderheit: Wenn ein türkischer Staatsangehöriger sagt, man müsse die Deutschen vergasen, ist das eine Beleidigung. Wenn ein Deutscher so über Türken redet, ist das eine Volksverhetzung. Die wird härter bestraft und macht sich schlechter im Strafregister.“

Erfolg und Widerstand

Der verhandelte Fall belegt, dass manche jugendliche Straftäter nur schwer von der Justiz zu beeindrucken sind. Die von der Richterin **Kirsten Heisig** geforderte und zwischenzeitlich eingeführte Verfahrensbeschleunigung ist nach langer Zeit der Verniedlichung und der Leugnung der massiven Probleme gegen viele Widerstände der rot-roten Verwaltung schließlich durchgesetzt worden. Das „Neuköllner Modell“ ist der richtige Schritt in die richtige Richtung, der schließlich auch von Innensenator **Ehrhart Körting** (SPD) mitgetragen worden ist, indem er effiziente Maßnah-

men gegen die vorwiegend ausländischen Intensivtäter erlassen hat. Dazu gehört auch, dass die Fälle des Rechtsbruchs durch jugendlichen Täter jetzt stets von denselben Kommissariaten bearbeitet werden. Nachdenklich stimmt allerdings, dass Berlins Justizsenatorin **Gisela von der Aue** (SPD) – vormals Präsidentin des Landesrechnungshofes in Brandenburg – offenbar lange Zeit aus ideologischen Gründen versucht hat, beim härteren Durchgreifen an vielen Stellen zu bremsen. Integrationsfetischisten, etablierte Medien und so genannte Gutmenschen haben **Kirsten Heisig** ihre konsequente Rechtsanwendung vorgeworfen. Von interessierter Seite wurde sie gern als „Mrs. Tough“ und „Richterin Gnadenlos“ bezeichnet.

Neuköllns Bürgermeister **Heinz Buschkowsky** (SPD) weiß laut „Der Tagesspiegel“ vom 4. Juli 2010 über die freundlich-gewinnende, aber auch unnachgiebige Jugendrichterin **Kirsten Heisig** nur Gutes zu berichten: „Sie war morgens Richterin und abends Sozialarbeiterin. Das haben ihr jene Kollegen, die nur Exekutor sein wollten, nie verziehen. Und gerade in der Startphase des Neuköllner Modells verhielten sich Justiz und Polizei ihr gegenüber distanziert. Manche versuchten sie auch richtig in die Pfanne zu hauen. ... Als Jugendrichterin kam **Kirsten Heisig** an Menschen ran, die unsere Sozialarbeiter nie erreichten. Wer gelangt denn schon hinter die Wohnungstüren von arabischen Clan-Familien? Sie wusste, wie die ticken.“

Ob **Kirsten Heisigs** „Neuköllner Modell“ auf Dauer ausreichen wird, die erschreckende Zunahme der Jugendkriminalität in den problembehafteten Wohngebieten Berlins in den Griff zu bekommen, bleibt bis auf weiteres eine offene Frage. Für die Beseitigung der

gesellschaftspolitischen Schiefelage insbesondere bei der Zuwanderer- und Migrantenproblematik wird das Konzept nicht ausreichen. Die herausragende Leistung von **Kirsten Heisig** besteht jedoch darin, dass sie sich mit der Jugendkriminalität nicht arrangiert und nicht abgefunden hat. Gegen beachtliche Widerstände hat sie jenen bedeutsamen **ersten** Schritt getan, den die politischen Verantwortungsträger schon längst hätten tun müssen. Der Öffentlichkeit und der Gesellschaft ermöglicht sie mit ihrem Wirken einen völlig neuen Blick auf die spezifischen Probleme unserer aktuellen Integrationspolitik.

Angst ist ein schlechter Ratgeber

In der Zeitschrift „Der Spiegel“ (Ausgabe 29/2010) hat **Kirsten Heisig** unter dem Titel „Angst ist ein schlechter Ratgeber“ Einblicke in die Neuköllner Parallelgesellschaft gewährt, die nicht nur erschrecken, sondern regelrecht Bestürzung auslösen (können).

In ihrem Beitrag führt sie u.a. aus: „Es gibt zudem in Deutschland zugewanderte Menschen, die nie vorhatten, sich einzufügen, sondern schon immer in einer parallelen, in einigen Fällen rein kriminell ausgerichteten Struktur gelebt haben und aus meiner Sicht weitgehend beabsichtigten, damit fortzufahren...“

Die Jugendrichterin wusste, wovon sie sprach. In ihrer knappen dienstfreien Zeit betreute sie - wie bereits dargestellt - ehrenamtlich Kinder in z.B. arabischen Familien, um „aus Anlass von Strafverfahren die Probleme beim Familiengericht“ besser vortragen, d.h. verständlich machen zu können. „Die Möglichkeit, aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegenü-

ber kriminellen arabischen Großfamilien durchzusetzen, stößt gegenwärtig auf ... Hindernisse...

Ich bin inzwischen zu der Auffassung gelangt, dass die Furcht vor den kriminellen Großfamilien alle anderen Aspekte bei weitem überwiegt, denn hinter vorgehaltener Hand heißt es: Man kann kein Kind zwangsweise aus einem arabischen Clan nehmen. Die Familien erschießen jeden, der das versuchen sollte“.

Kirsten Heisig kommt jedoch zu einem ganz anderen Ergebnis. Die Juristin **hielt die Angst der Jugendämter hingegen für einen schlechten Ratgeber:** „Sie lähmt das System und den Einzelnen. Deshalb müssen wir sie überwinden und handeln“.

Wo die Clans zu Hause sind! „Knast macht Männer“, sagt Mama!

Damit Sie, werte Leser, nun nicht etwa auf den Gedanken kommen, das alles betreffe ja nur das Umfeld der Bundeshauptstadt Berlin, und sei damit weit genug von Ihnen entfernt, nein, dem ist nicht so. So haben sich die kurdisch-libanesischen Großfamilien nach den Erkenntnissen von **Kirsten Heisig** „auf bestimmte Regionen in Deutschland verteilt. Man findet sie vor allem **im Ruhrgebiet, in Bremen/Bremerhaven und in Berlin.** Sie sind miteinander verwandt und leben ausschließlich nach ihren Gesetzen. Nach den mir vorliegenden Erkenntnissen gibt es in Deutschland zehn bis zwölf dieser Clans, die einige tausend Menschen umfassen. Sie agieren sowohl im Innen- wie im Außenverhältnis kriminell“.

Es geht uns alle an!

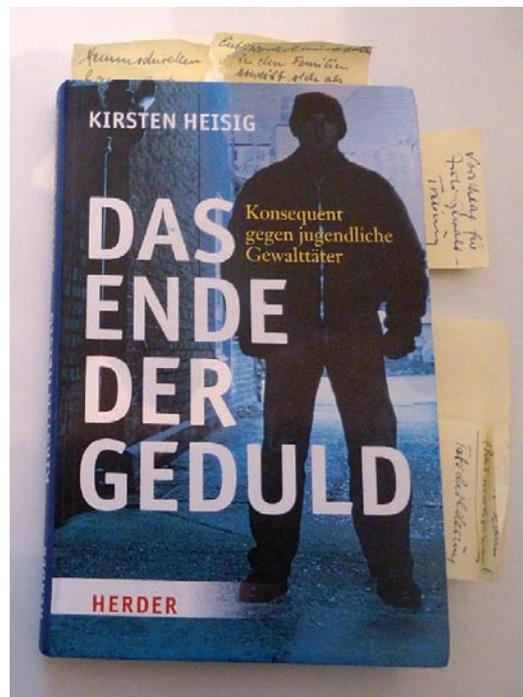
All das öffentlich zu bekennen, verbunden mit der Forderung nach mehr Rücksichtnahme unter den Menschen, kennzeichnen den Charakter von **Kirsten Heisig** und das, was sie antrieb. „Wenn wir die Jungs nicht rechtzeitig abholen, landen sie wie ihre Väter im Gefängnis“, war ihre oft gebrauchte Feststellung. Und sie ist „aus der Haut gefahren“, als ihr ein 15-jähriger Türke entgegnete: „Knast macht Männer, sagt Mama“, weiß der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln zu berichten.

Selbstmord – oder Mord?

Kirsten Heisig ist tot. Seit Mittwoch, dem 30. Juni 2010, wurde sie vermisst. Ihr Auto wurde in Berlin-Heiligensee

am Straßenrand geparkt gefunden. Hundertschaften der Polizei suchten nach ihr und fanden ihre Leiche schließlich am Sonnabend Nachmittag im Tegeler Forst. Ein Abschiedsbrief wurde nicht(!) gefunden. Justizsenatorin **Gisela von der Aue** trat mit diesem spärlichen Wissen bereits zweieinhalb Stunden nach dem Auffinden des Leichnams vor die Presse, obwohl das vorläufige Obduktionsergebnis erst am Sonntag bekannt war.

Sie habe damit Spekulationen zuvorkommen wollen, ließ sie verlauten. „**Der Tagesspiegel**“ berichtet unter dem 4. Juli 2010: „Der Neuköllner Bezirksbür-



Mit dem unmittelbar nach ihrem Tod erschienen Buch „Das Ende der Geduld“ zeigt Kirsten Heisig Ursachen und Risiken der Jugendkriminalität auf. Sie kritisiert insbesondere Kriminologie und Politik, die sich in der Vergangenheit gemeinsam darin überboten hätten, das Problem zu negieren oder aber klein zu reden. Gleichzeitig zeigt die Juristin auf, was an Prävention, Reaktion sowie an Zusammenarbeit aller betroffenen staatlichen Stellen erforderlich ist, damit uns der Problem nicht über den Kopf wächst!

germeister **Heinz Buschkowsky** kann es einfach nicht glauben, dass es sich bei der am Sonnabend im Tegeler Forst gefundenen Frauenleiche tatsächlich um die Jugendrichterin **Kirsten Heisig** handelt. „So jemand bringt sich doch nicht um“, sagt er, „jedenfalls nicht vor dem Argentinien-Spiel“. Dabei ist zu bemerken, dass die sportliche Jugendrichterin als wahrer Fußball-Fan bekannt war.

Kirsten Heisig hat „offenbar an dem Tag, an dem sie verschwand“ zuvor noch die letzten Druckfahnen ihres Buches „Das Ende der Geduld“ korrigiert und an den Verlag weggeschickt“, berichtet „Welt Online“ unter dem 4. Juli 2010.

Danach besuchte sie einen Onkel in Waidmannslust, unweit vom späteren Fundort der Leiche. Dieser hat später erklärt, dass er ihr nichts Auffälliges angemerkt habe.

Indes sind die „Umstände so fragwürdig, dass sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen lässt“, berichtet die **Neue Zürcher Zeitung** (NZZ) in ihrer Online-Ausgabe vom 15. September 2010. So will die Berliner Staatsanwaltschaft den Erhängungstod nicht bestätigen, sondern nur „nicht dementieren“ und hält die Situation, in welcher die Tote gefunden wurde, strikt geheim, wie in **SENIOA.ORG** unter dem 25.7.2010 festgestellt wird. Erstaunlich – gar befremdlich – ist, dass der Hund, mit dem **Kirsten Heisig** häufig zum Joggen in jenem Waldgebiet des Tegeler Forsts unterwegs war, erst wenige Tage später am Fundort der Leiche von einem Spaziergänger in einer nach Verwesung riechenden Plastikplane, halb im Boden verscharrt und mit einem Plastikband verschnürt, gefunden wurde.

Oberstaatsanwalt **Andreas Brehm** schließt laut **NZZ** vom 23. September 2010 ein Fremdverschulden rigoros aus, hält den Freitod für erwiesen und erachtet weiteres Nachbohren für pietätlos.

Auf die Frage des **NZZ**-Korrespondenten, ob nichtöffentliche Ermittlungsakten auf Antrag einsehbar seien, verneinte er dies mit den Worten: „In diesem Fall gewiss nicht“.

Läge nicht das aufrüttelnde Buch der toten Jugendrichterin vor, würde man kaum noch von der aufopferungsvollen und zugleich erfolgreichen Arbeit dieser Frau sowie von ihrem Schicksal Notiz nehmen. So aber bleibt **Kirsten Heisig** den gesellschaftspol-

tisch interessierten Menschen in diesem Lande als eine kluge und zugleich mutige Frau in Erinnerung, die das bewegt hat, wozu die politischen Verantwortungsträger allzu oft nicht fähig oder aber nicht Willens waren bzw. sind: **Sie hat in ihrer einfühlsamen Art der Durchsetzung des Rechts zu neuem Ansehen verholfen! Sie hat aber auch mit ihrem Buch eine öffentliche Diskussion angestoßen, die hoffentlich dazu führt, dass sich Gesellschaft und Politik des Problems der Jugendkriminalität bewusst werden und die erforderlichen präventiven und reaktiven Maßnahmen zum Schutz der Allgemeinheit treffen.**

Regierungsbildung 2010

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Neuer Machtfaktor auf der bundespolitischen Bühne

Das Landtagswahlergebnis vom 9. Mai 2010 bescherte nur Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke ungetrübte Freude. Die Partei des „demokratischen Sozialismus“ schaffte erstmals den Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag. Gegen die Grünen konnte aufgrund des Wählervotums kaum regiert werden. Nur eine große Koalition hätte eine Mehrheit gehabt. Diese Koalitionsvariante galt allerdings von vornherein als wenig wahrscheinlich. Auch wenn man Stimmenverluste hinnehmen musste, so sorgten die schlechten Umfragewerte im Vorfeld und das demgegenüber bessere Abschneiden bei der Wahl doch dafür, dass sich auch die Sozialdemokraten als Sieger des Urnenganges fühlten. CDU und FDP haderten hingegen mit dem Wahlergebnis, weil sie sich durch die Berliner Politik ausgebremsst und um den Erfolg ihrer Politik gebracht wähnten. Noch wenige Monate vor der Wahl verfügte die „Regierung Rüttgers“, wenn man den Meinungsumfragen Glauben schenkt, noch über eine stabile Mehrheit bei den Wählerinnen und Wählern des Landes. Nach dem Feiern des Sieges bzw. dem Verbinden der Wunden galt es, eine stabile Regierung für das bevölkerungsreichste Bundesland zu bilden.

Hannelore Kraft (SPD) und **Sylvia Löhrmann** (Die Grünen), die gemeinsam über 90 Sitze im neuen Landtag verfügen und denen damit genau eine Stimme an einer eigenen Mehrheit fehlt, sondierten in Gesprächen mit **Die Linke** und der **FDP** die Bildung eines Dreierbündnisses. Nach den Gesprächen mit **Die Linke** zog **Hannelore Kraft** entnervt die Notbremse. Als Spielball ideologisch-dogmatischer Sozialisten wollte sie augenscheinlich nicht zur Verfügung stehen. Das Ausloten der Möglichkeiten zur Bildung einer Ampelkoalition währte etwas länger, war jedoch auch schnell beendet, als klar wurde, dass FDP-Chef **Andreas Pinkwart** sich nicht rückhaltlos auf die FDP-Landtagsfraktion würde stützen können. Politischer Knackpunkt der Verhandlungen war die künftige Ausrichtung der Schulpolitik. Während Rot-Grün die Einführung der Gemeinschaftsschule plant, will die FDP am dreigliedrigen Schulsystem festhalten. Es verwunderte daher kaum, dass **Pinkwart** das Scheitern der Sondierung mit eben diesem Argument begründete. Sowohl die Schul- als auch die Atompolitik, erklärte der Freidemokrat, hätten von der FDP eine politische Umorientierung verlangt, die an die Grundfesten liberaler Auffassungen und Überzeugungen gerührt hätte. Man sei zwar im Interesse der Bildung einer stabilen Regierung für Nordrhein-Westfalen zum Kompromiss, nicht aber zur Selbstaufgabe bereit gewesen.

Auch noch fünf Wochen nach der Wahl wurde das Land geschäftsführend durch den abgewählten Ministerpräsidenten **Jürgen Rüttgers** (CDU) regiert. Hatte man nun erwartet, dass **Hannelore Kraft** (SPD) nochmals auf die CDU zugehen würde, um eine von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Regierung zu bilden, sah man sich getäuscht. Die SPD-Spitzenkandidatin wurde sowohl durch ihre Berliner Parteifreunde



Hannelore Kraft (SPD, re.) und Sylvia Löhrmann (Grüne) haben den Koalitionsvertrag unterzeichnet. Die Öffentlichkeit ist gespannt, wie lang ihre Minderheitsregierung halten wird.

als auch vom potentiellen Koalitionspartner verstärkt gedrängt, auch eine Minderheitsregierung als Option zu bedenken. Unversehens fand sich die SPD-Vorsitzende in der Zwickmühle wieder. Einerseits wollte sie den versprochenen Politikwechsel organisieren, andererseits

waren und sind ihr unklare Mehrheitsverhältnisse suspekt. Keinesfalls wollte sie wie ihre Parteifreundinnen **Andrea Ypsilanti** (Hessen) und **Heide Simonis** (Schleswig-Holstein) enden. Offen oder heimtückisch niedergestreckt durch einen unzufriedenen eigenen Parteigänger.

Kraft wägt Risiken und Chancen mit Bedacht

Weil sie vorsichtig und mit Bedacht Risiken und Chancen wägt, hatte sich **Hannelore Kraft** zunächst dafür entschieden, die geschäftsführende Regierung **Rüttgers** im Amt zu belassen und sie quasi zu zwingen, rot-grüne Politik umzusetzen und zu realisieren.

Das Kalkül ging dahin, mit wechselnden Mehrheiten den Politikwechsel zu organisieren. „Wir werden sehen, wer sich an welcher Stelle weiterentwickelt und bewegt“, zeigte sich **Kraft** optimistisch, dass ihre Strategie Aussicht auf Erfolg haben könnte.

Die SPD, die sich durch das Wahlergebnis im Aufwind wähnt, hatte keinerlei Neigung unter Umständen eine CDU-geführte Regierung mittragen zu müssen. Deshalb wurde der Druck auf die SPD-Frontfrau immer stärker. Die Berliner Genossen taten ein Übriges, **Hannelore Kraft** zur Bildung einer Minderheitsregierung zu drängen. Durch die Übernahme der Regierungsverantwortung in Düsseldorf, so die Überlegung, verlöre Schwarz-Gelb die Mehrheit im Bundesrat und hätte große Probleme, für die in Aussicht genommene Verlängerung der

Restlaufzeiten für Atomkraftwerke die erforderliche Zustimmung der Länderkammer zu erhalten.

Durch den nachdrücklichen Zuspruch ihrer Partei ließ sich die sozialdemokratische Spitzenkandidatin **Kraft** in die Pflicht nehmen. Sie strebte von nun an eine Minderheitsregierung an. Eine Begründung für den Meinungswechsel war auch schnell gefunden. SPD-Landeschefin **Hannelore Kraft** kündigte an, einen raschen Regierungswechsel vorzunehmen. Ihr Umdenken und das ihrer Partei begründete sie damit, dass die FDP am Vorabend die schwarz-gelbe Koalition aufgelöst habe. In Nordrhein-Westfalen gebe es daher keine handlungsfähige Regierung mehr, so dass sich Rot-Grün in der Verantwortung sehe, die Verhandlungen schnell aufzunehmen und eine Minderheitsregierung zu bilden.

Kraft bezog sich auf eine Äußerung des FDP-Landesvorsitzenden **Andreas Pinkwart**, der gegenüber der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärte, CDU und FDP hätten den Koalitionsvertrag der letzten Legislaturperiode „abgearbeitet“. Die FDP arbeite ab sofort auf eigene Rechnung und werde im Landtag für Mehrheitsentscheidungen im Interesse des Landes werben.



Landtagspräsident Eckard Uhlenberg (CDU) nimmt der neugewählten Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) den Amtseid ab.

Alle Mehrheitsoptionen ergebnislos geprüft – Keine Zeit für Machtspielchen

Ihre ablehnende Haltung gegenüber der Bildung einer Minderheitsregierung hatte **Hannelore Kraft** vor Aufnahme der Verhandlungen mit den Grünen geschickt gelockert. Kraft hatte ihren Sinneswandel wiederholt mit dem Hinweis eingeleitet, es könne Situationen geben, in denen eine Minderheitsregierung von SPD und Grünen erforderlich sei. Als Beispiel nannte sie unter anderem den Fall, dass der Bundes-

rat über die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken zu entscheiden hätte. Handlungsfähigkeit sollte durch rasche Koalitionsverhandlungen dokumentiert werden, deshalb wurde kräftig aufs Gas gedrückt. SPD und Grüne schmiedeten im Rekordtempo am Koalitionsvertrag für ihre Minderheitsregierung. Überrascht betonten die Koalitionäre, es laufe „wie geschmiert“. Die Verhandlungen lie-

ßen erkennen, dass zwei Frauen das Sagen haben, die gut mit einander könnten. In den früheren Koalitionsverhandlungen habe die eine Seite stets versucht, die andere über den Tisch zu ziehen. **Kraft** und **Löhrmann** vergeudeteten keine Zeit mit Machtspielchen. Bei ihnen stehe die Sacharbeit im Zentrum der Verhandlungen. Strittige Fragen wurden im sogenannten „Beichtstuhlverfahren“ geklärt.

Parteitage billigen Koalitionsvertrag

Am 6. Juli 2010 war dann alles unter Dach und Fach. Rot-Grün hatte sich darauf verständigt, erneuerbare Energien voranzutreiben, Gemeinschaftsschulen einzurichten und Studiengebühren abzuschießen. Das Bündnis hat sich zudem entschlossen, Milliardenkredite aufzunehmen, um ihre politischen Vorhaben finanzieren zu können. Die Verantwortung für die geplante massive Neuverschuldung schoben die Koalitionäre schnell der Vorgängerregierung zu. Es handele sich quasi um die Schlussbilanz der schwarz-gelben Regierung, die sich noch die notwendigen Rückstellungen für die Absicherung der Finanzrisiken der nordrhein-westfälischen Landesbank anrechnen lassen müsse. Der alte Finanz-

minister habe diese Risiken und damit das wahre Haushaltsdefizit verschleiert.

Nachdem die Gremien der Koalitionsparteien den 88-seitigen Vertrag auf Parteitag billigten, wurde **Hannelore Kraft** am 14. Juli 2010 im zweiten Wahlgang mit den Stimmen aller 90 Abgeordneten von Rot-Grün zur neuen Ministerpräsidentin gewählt. Schlagartig hat sich damit **Hannelore Krafts** Machtposition innerhalb der SPD verändert. Unversehens ist sie zu einem beachtenswerten Machtfaktor auch auf bundespolitischer Ebene geworden.

Ihre Wahl hätte auch komplizierter ausfallen können. Weil sich aber die elf Parlamentarier der Linkspartei bereits im zweiten Wahlgang der Stimme enthielten,



SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel gratuliert Hannelore Kraft.

reichte die relative Mehrheit, um **Hannelore Kraft** zur Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen zu wählen.

Kraft haucht der daniederliegenden Sozialdemokratie neues Leben ein

Mit ihrer Wahl ist **Hannelore Kraft** zur starken Frau der SPD aufgestiegen. Diese Position wird sie weiter festigen können, je länger ihre Minderheitsregierung sich an der Macht zu halten vermag. Was ihre Partei ihr hoch anrechnet, ist der Umstand, dass sie die krachende Wahlniederlage der Sozialdemokratie von 2005 vergessen gemacht und das Arbeiterland Nordrhein-Westfalen für die SPD zurückgewonnen hat. Dies ist schon deshalb so wichtig, weil das Ruhrgebiet für viele Genossen als Herzkammer der Sozialdemokratie gilt.

Es gab nicht wenige Mandatsträger, die **Kraft** als Konkurrentin von Parteichef **Sigmar Gabriel** in Stellung bringen wollten.

Dem Niedersachsen **Gabriel** hängt etwas Unstetes, Sprunghaftes an. Da sollte **Kraft** als Korrektiv dienen. Diesen Ambitionen hat die 49-jährige Mülheimerin allerdings eine Absage erteilt. Sie wird sich auf Nordrhein-Westfalen konzentrieren, solide und akribisch arbeiten, um ihren Versuch, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, möglichst lange durchhalten zu können.



Geradezu enthusiastisch wurde Kraft im Berliner Willy-Brandt-Haus empfangen. Trotz Stimmenverlusten gilt die Ruhr-Genossin der SPD seither als neue Hoffnungsträgerin und politisches Schwergewicht.

Welche Pläne hat die neue Regierung für den öffentlichen Dienst und den Strafvollzug?

Zunächst bekennt sich die rot-grüne Koalition zur Schaffung eines **modernen Mitbestimmungsrechts**. Da wo die schwarz-gelbe Koalition während ihrer Regierungszeit zahlreiche Mitbestimmungsrechte der Personalräte liquidiert hat, wollen die Koalitionäre verstärkt auf vertrauensvolle Zusammenarbeit setzen. Diese Kooperation soll auf gleicher Augenhöhe erfolgen und durch Teilhabe, Dialog und gegenseitigem Vertrauen geprägt werden.

Nach der Föderalismusreform steht das Land in der Verpflichtung, ein **neues Dienstrecht** für Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Die übertragenen Kompetenzen im **Besoldungs-, Dienst-, Laufbahn- und Versorgungsrecht** müssen

jetzt genutzt werden, um das Land in diesen Rechtsgebieten zukunftsweisend aufzustellen, damit es bei der Konkurrenz um die besten Köpfe mithalten kann. **Mit dem Koalitionsvertrag wurde folglich vereinbart, ein durchlässiges Laufbahnrecht zu schaffen, das Aufstieg, Mobilität sowie mehr Durchlässigkeit zwischen privaten und öffentlichen Sektor ermöglicht.** Mit besonderer Freude haben die Strafvollzugsbediensteten zur Kenntnis genommen, dass die Koalition beabsichtigt, u.a. die **Ruhegehaltsfähigkeit für die so genannte „Gitterzulage“ wiederherzustellen.**

Hinsichtlich der Ausgestaltung des Vollzuges bekennt sich die Koalition dazu, Sicherheit für die Bürger durch einen ef-

fizienten, auf Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug zu schaffen. Projekte der Haftvermeidung sollen ausgebaut werden. Nach dem Willen der Koalition soll der Vollzug den Gefangenen eine echte Chance eröffnen, ein Leben ohne Rückfall in die Kriminalität zu führen. Der Vollzug soll Standards erfüllen, die eine menschenwürdige Unterbringung ebenso garantieren wie ein wirksames Resozialisierungsangebot. Gleichzeitig will die Koalition den **offenen Vollzug weiter ausbauen**, weil hier die günstigsten Erprobungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Bedürfnisse von Frauen im Strafvollzug sollen dabei in besonderer Weise berücksichtigt werden.

Weil im Strafvollzug eine hohe Zahl von psychisch Kranken und Drogenabhängigen untergebracht sind, sollen die **Fachdienste verstärkt und die Mittel für die Drogenberatung erhöht werden.**

Speziell im Bereich der Aufsicht und Kontrolle der Vollzugseinrichtungen und in der Führungskultur haben die Koalitionäre Defizite ausgemacht, die sie beseitigen wollen. Dem Vernehmen nach ist die Landesregierung entschlossen, im Bereich des Strafvollzuges wieder eine Mittelbehörde in Form eines **Vollzugsamtes** zu schaffen. Auch das Institut des Ombudsmanns, nach dem schrecklichen Foltermord an einem Gefangenen in der JVA Siegburg 2007 durch Schwarz-Gelb eingeführt, soll eine gesetzliche Grundlage erhalten. Der **Ombudsmann** soll künftig nur noch dem Parlament gegenüber berichtspflichtig sein.

Die wesentlichste vollzugliche Neuausrichtung wird voraussichtlich auf den **Jugendvollzug** zukommen. Diesbezüglich hat sich **Rot-Grün** darauf verständigt, sich dauerhaft vom herkömmlichen Ju-



Für den in Rekordzeit verhandelten Koalitionsvertrag erhielt Hannelore Kraft die Zustimmung der Partei-Basis.

gendstrafvollzug abzuwenden und stattdessen auf offene und freie Formen zu setzen. Eine konsequent pädagogische Ausgestaltung dieser neuen Vollzugsform soll in Wohngruppen realisiert werden. In dieser Hinsicht ist zu hoffen, dass es sich bei diesem Vorhaben lediglich um ein Gestaltungselement handelt und nicht nachvollzieht, was die schwarzgelbe Landesregierung in **Baden-Württemberg** bereits realisiert hat, **nämlich die Vollprivatisierung** des Jugendvollzuges. Dies wäre nach Auffassung des **BSBD** ein gravierender Rückschritt, weil in Baden-Württemberg durch Justizminister **Prof. Dr. Goll** (FDP) vorrangig neoliberales Gedankengut in praktische Politik umgesetzt worden ist. **Die Erfolge dieser Politik sind in Baden-Württemberg trotz enormen finanziellen Aufwandes überaus überschaubar, zumal in den Genuss dieser Vollzugsform nicht jene Gefangene kommen, die über die höchsten Behandlungsbedürfnisse verfügen, sondern jene, die am ehesten die Gewähr für ein positives Ergebnis bieten.**

Hannelore Kraft etabliert sich im neuen Amt

Ministerpräsidentin **Kraft** hat Spaß an ihrer neuen Aufgabe gefunden. Mittlerweile findet sie das Regieren klasse. Die rot-grüne Landesregierung hat noch kein Gesetz durchs Parlament gebracht, trotzdem wird die Politik des Landes maßgeblich durch die Sozialdemokratin bestimmt.

Dies hat auch damit zu tun, dass die CDU im Selbstfindungsprozess verharret. Bevor der neue Landesvorsitzende nicht gewählt ist, wird sich hieran nicht viel ändern.

Durch schlechte Umfragewerte ist die FDP derzeit stark geschwächt und tut sich schwer, eine effektive Oppositionsarbeit zu organisieren. Die Stärke der Regierung **Kraft** beruht folglich auf der relativen Schwäche der Opposition.

Die ersten 100 Tage hat die Regierung schadlos überstanden. Es gibt nicht wenige Experten, die hätten ihr das Erreichen selbst dieses Minimalzieles nicht zugetraut. Die Regierung hat dabei erste politische Zeichen gesetzt. Die Abschaffung der Studiengebühren und die Einführung einer Gemeinschaftsschule sind aufs Gleis gesetzt. Als hilfreich hat sich erwiesen, dass die Regierung vielfach mit der relativen Unterstützung der Linksfraktion im Landtag rechnen kann. Meist enthalten sich die Fraktionsmitglieder und sorgen so dafür, dass die Vorhaben und Projekte der Regierung das Parlament erfolgreich passieren können.



Für den Strafvollzug sieht der Koalitionsvertrag u. a. die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der „Gitterzulage“ vor.

Mit der Trauerrede für die Loveparade-Opfer traf die Regierungschefin den richtigen Ton

Bereits in den ersten Tagen ihrer Amtszeit war **Kraft** mit einer der schlimmsten Katastrophen in der Geschichte des Landes konfrontiert. Am 24. Juli forderte das Unglück bei der Duisburger Loveparade 21 Todesopfer und mehr als 500 Verletzte. Kraft, deren eigener Sohn das

dem Anlass angemessen gewürdigt. Im politischen Alltag fielen die Bewertungen der Regierung **Kraft** dagegen nicht so positiv aus. **Krafts** Kabinett wurde durch die Presse als blass, ihre erste Regierungserklärung als lang und wenig konkret kritisiert. Die Ministerpräsidentin sieht



Glaubwürdig, emotional beteiligt und bewegend sprach die wenige Tage zuvor vereidigte Ministerpräsidentin den Angehörigen der Loveparade-Opfer ihre Anteilnahme aus.

Veranstaltungsgelände unverletzt verlassen konnte, musste als eine ihrer ersten Amtshandlungen eine Rede bei der Trauerfeier halten. Sie sicherte allen Betroffenen unbürokratische Hilfe zu. Selbst überaus gerührt und emotional beteiligt, versicherte sie den Angehörigen der Opfer: „Sie sind nicht allein!“ Die Trauerrede der Regierungschefin wurde in den Medien und Internet-Foren als ergreifend und

sich als die Sozialdemokratin, die den Trend der Erosion zum Stillstand gebracht hat. Sie tritt ein für einen vorsorgenden Sozialstaat, der die schwachen Schultern stützt und für eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Erfolges der Gesellschaft organisiert. Zur Erreichung dieses Zieles ist **Hannelore Kraft** auch bereit, eine höhere Neuverschuldung zu akzeptieren. Die Investitionen in die Prävention, so das Kalkül der Ministerpräsidentin, sollen sich auf Dauer amortisieren, weil Fehlentwicklungen früher und mit geringerem Aufwand behoben werden können. Zu Beginn der Regierungsübernahme hatte **Kraft** einen „neuen Politikstil“ versprochen. Im Tagesgeschäft gilt die Sozialdemokratin allerdings als machtbewusste,

teilweise ruppige Politikerin. Und hinter den harmonischen Kulissen der Koalition soll es auch schon zu Spannungen gekommen sein. Was die Minderheitsregierung bislang vermissen lässt, ist eine erkennbare gemeinsame Zielrichtung ihrer politischen Arbeit. Die beiden Koalitionspartner scheinen sich in den eigenen Ressorts eingerichtet zu haben, ohne dass eine ordnende Koordination spürbar wird.

Viel Mühe wird darauf verwandt, die Linken für eine Tolerierung rot-grüner Projekte zu gewinnen. **Kraft** ist bereits mit den linken Fraktionsvorsitzenden zusammen getroffen und hat für ihre Regierung geworben. Bislang taktieren die Linken hinhaltend, auf Dauer werden sie allerdings konkrete Zusagen verlangen, sollen sie der Regierung von Fall zu Fall zu Mehrheiten verhelfen.



Zur bislang größten Herausforderung dürfte die Verabschiedung des Haushalts werden. Hier droht u.U. nicht nur eine Abstimmungsniederlage im Parlament, der Nachtragshaushalt 2010 mit seiner rekordverdächtigen Neuverschuldung könnte auch durch den Verfassungsgerichtshof in Münster für verfassungswidrig erklärt werden.

Risikofaktor Haushalt

Neuwahlen sind derzeit weder bei der Regierung noch bei der Opposition ein Thema.

Die Abgeordneten aller Fraktionen haben sich im Düsseldorfer Landtag eingerichtet. Zum Härtestest für die rot-grüne Landesregierung dürfte sich die Verabschiedung des Haushalts 2011 entwickeln.

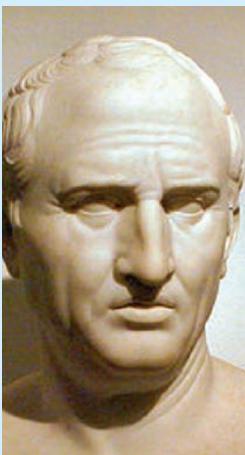
Die dritte Lesung des Haushaltsgesetzes ist für Juni des kommenden Jahres geplant. Scheitern könnte die Minderheitsregierung aber auch, wenn das NRW-Verfassungsgericht in Münster die höhere Neuverschuldung im Nachtragshaushalt 2010 als verfassungswidrig deklariert. In diesem Fall könnte es im Frühjahr 2011 tatsächlich zu Neuwahlen zwischen Rhein und Weser kommen.

Kleine Weisheiten



Wer nichts verändern will, der wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.

Gustav Heinemann, dt. Bundespräsident, 1899 – 1976



Den ungerechtesten Frieden finde ich immer noch besser als den gerechtesten Krieg.

Marcus Tullius Cicero, röm. Staatsmann und Redner, 106 – 43 v.Chr.

Geschickte Reden und ein zurechtgemachtes Äußeres sind selten ein Zeichen von Mitmenschlichkeit.

Konfuzius, chin. Philosoph, 551 – 479 v. Chr.



Der einzige Unterschied zwischen dem Heiligen und dem Sünder ist, dass der Heilige eine Vergangenheit hat und jeder Sünder eine Zukunft.

Oscar Wilde, irisch-engl. Schriftsteller, 1854 – 1900



Unter Intuition versteht man die Fähigkeit gewisser Leute, eine Lage in Sekundenschnelle falsch zu beurteilen.

Friedrich Dürrenmatt, schweiz. Schriftsteller, 1921 – 1990



Wende dich stets an fremde Götter. Sie hören dich außer der Reihe an.

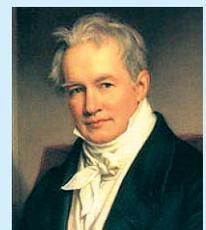


Stanislaw Jerzy Lec, pol. Aphoristiker und Diplomat, 1909 – 1966



Kein Mensch ist unersetzbar.

Wilhelm von Humboldt, dt. Staatsmann und Philosoph, 1767 – 1835



Minderheitenkabinetts der Öffentlichkeit vorgestellt

NRW-Justizministerium mit neuer politischer Spitze

Nach dem erfolgreichem Abschluss der Koalitionsverhandlungen von Rot-Grün hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft am 15. Juli 1995 ihr Minderheitenkabinetts der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie scheint Partei und Fraktion im Griff zu haben, weil im Vorfeld der Nominierung der Kabinettsmitglieder kaum Informationen an die Öffentlichkeit drangen. Zum Justizminister des Landes hat sie mit dem 42-jährigen Juristen Thomas Kutschaty einen Politiker berufen, der sich in der abgelaufenen Legislaturperiode als Innen- und Rechtspolitiker einen Namen gemacht hat.

Thomas Kutschaty ist verheiratet und Vater dreier Kinder. Nach dem Ablegen der Reifeprüfung nahm er 1987 das Studium der Rechtswissenschaften an der Ruhr-Universität in Bochum auf. Im Jahr 1995 bestand **Kutschaty** das 1. juristische Staatsexamen; im Jahre 1997 schloss er das Jura-Studium mit dem zweiten Staatsexamen ab. Seither arbeitete er als Rechtsanwalt in Essen.

Politisch engagierte sich der neue Minister seit 1986 in der SPD. Zunächst war er in der Nachwuchsorganisation der Partei engagiert und übernahm später Funktionen im Ortsverein Essen-Borbeck. Sein kommunalpolitisches Engagement führt **Kutschaty** 1999 in den Rat der Stadt Essen, wo er als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung Verantwortung übernahm.

Anlässlich der Wahl am 22. Mai 2005 zog der neue Minister mit einem guten Ergebnis in den nordrhein-westfälischen Landtag ein. Hier engagierte er sich in der Innen- und Rechtspolitik. Dank seiner akribischen Arbeitsweise und seiner analytischen Fähigkeiten machte er in diesen Politikbereichen schnell auf sich aufmerksam. Als dann eintrat, was noch Wochen zuvor selbst eingefleischte Sozialdemokraten nicht zu hoffen gewagt hatten, dass es unter Umständen sogar zur Bildung einer SPD-geführten Landesregierung reichen würde, wurde sein Name vermehrt genannt, wenn es um die Besetzung der Führungspositionen ging.

Seit dem 15. Juli 2010 gehört **Thomas Kutschaty** dem Kabinetts **Kraft** als Justizminister an. Zu einer seiner ersten Amtshandlungen gehörte die Anhebung der straffreien Eigenbedarfsgrenzen für den Drogenbesitz. Der Minister begründete die Anhebung des Besitzes „weicher“ Drogen von sechs auf 10 Gramm und von „harten“ Drogen (Kokain, Heroin, Amphetamine) von 0 auf 0,5 Gramm mit der Entkriminalisierung von Gelegenheitskonsumenten. Die Anhebung der Eigenbedarfsgrenzen auf den Stand, der vor 2007 auch in Nordrhein-Westfalen galt, wird nach Ansicht **Kutschatys** die Strafverfolgungsbehörden deutlich entlasten. Die so eingesparten Gelder sollen nach dem Willen der Landesregierung in die Prävention investiert werden. Die öf-



Thomas Kutschaty ist seit dem 15. Juli 2010 neuer Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

fentlichen Reaktionen, die der neue Minister mit seiner Ankündigung auslöste, waren zwiespältig. Einerseits wurde er für seine großzügige Liberalität gelobt, andererseits kritisierten Drogenberatungen, Betroffene könnten diese Entscheidung als Legalisierung von Drogen missverstehen. Der Minister hingegen ließ diese Kritik nicht gelten, weil er schließlich in die Vorbeugung investiere. Zusammen mit weiteren Ministerien werde das Justizministerium eine Präventionskampa-

gne auflegen, um nachdrücklich vor den Gefahren des Drogenkonsums zu warnen.

Vertreter der **BSBD**-Landesleitung hatten bereits Gelegenheit zu ersten Gesprächskontakten mit dem neuen Minister. Dabei wurden Fragen der Fortentwicklung und der künftigen Gestaltung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen ebenso wie Möglichkeiten zur Beseitigung der zwischenzeitlich eingetretenen Verwerfungen im Besoldungsgefüge diskutiert. Nach Auskunft des Ministers sollen die Dienstrechtsreform und die Novellierung des Personalvertretungsrechts relativ zeitnah auf den Weg gebracht werden. Im Rahmen dieser Gesetzgebungsverfahren könnten die Vorstellungen und Forderungen der Interessenvertretungen der Beschäftigten eingebracht werden.

Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der „Gitterzulage“ werde voraussichtlich auch im Rahmen der Dienstrechtsreform erfolgen. In diesem Zuge gelte es, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen zukunftsfest zu machen. Die künftigen Strukturen müssten so gestaltet werden, dass das Land als Arbeitgeber mit der Wirtschaft um die besten Nach-



Das Ministerium am Martin-Luther-Platz hat einen neuen Hausherrn.

wuchskräfte konkurrieren könne. Zur Ausgestaltung des Strafvollzuges als Behandlungsvollzug gibt es nach den Worten von Justizminister **Thomas Kutschaty** keine Alternative. Ein moderner und zeitgemäßer Behandlungsvollzug müsse den Inhaftierten Hilfen anbieten, damit sie nach ihrer Entlassung ihr Leben führen können, ohne erneut straffällig zu werden. Notwendig seien auch ein besseres Übergangsmanagement im Zuge der Haftentlassung sowie die Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Bürgern im Strafvollzug als wichtige Brücke für die Inhaftierten zur Außenwelt.

Für besonders wichtig hält der Minister die gezielte Verlegung von geeigneten Gefangenen in den offenen Vollzug. Hier werde ein Lern- und Trainingsfeld angeboten, dass effektiv auf den Zeitpunkt der Entlassung vorbereite. Der offene Vollzug habe sich in Nordrhein-Westfalen etabliert und bewirke, das NRW mit diesem vollzuglichen Gestaltungsbereich bundesweit einen Spitzenplatz einnehme.

Der **BSBD** erwartet, dass auch im Bereich des Erwachsenenvollzuges das Prinzip der Einzelunterbringung der Gefangenen in abschbarer Zeit realisiert wird, dass die Interessen der Beschäftigten an-



Justizminister Thomas Kutschaty, Staatssekretärin Dr. Brigitte Mandt und BSBD-Vorsitzender Klaus Jäkel trafen sich zu einem ersten Meinungsaustausch.

gemessen berücksichtigt und dass Führungsstrukturen geschaffen werden, die im operativen Bereich schnelle Entscheidungen ermöglichen. Die Vertreter der **BSBD**-Landesleitung sprachen sich konkret dafür aus, wieder eine Mittelbehörde

im Strafvollzug zu schaffen. Die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre ohne Mittelbehörde hätten die hoffnungsvollen Erwartungen der Politik nach Einschätzung der Gewerkschaft Strafvollzug keineswegs erfüllt.

Reichhaltige Erfahrungen gesammelt

Dr. Brigitte Mandt neue Justizstaatssekretärin

Politische Entscheidungsabläufe zu initiieren und zu gestalten, hat Dr. Brigitte Mandt von der Pike auf gelernt. Als persönliche Referentin der Justizminister Fritz Behrens und Jochen Dieckmann, als persönliche Referentin des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement und als Büroleiterin des Ministerpräsidenten Peer Steinbrück hat sie reichhaltige Erfahrungen über die Anatomie der Macht sammeln können. Seit dem 16. Juli 2010 ist die unverheiratete Juristin Staatssekretärin im Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Seither ist sie mit der Dienst- und Fachaufsicht über die 152 Gerichte und 36 Vollzugseinrichtungen des Landes originär betraut.



Staatssekretärin Dr. Brigitte Mandt.

Staatssekretärin **Dr. Mandt** legte 1989 die Erste Juristische Staatsprüfung ab. Von 1990 an absolvierte sie das Rechtsreferendariat im Bezirk des Oberlandesgerichts Köln und schloss es 1993 mit der Zweiten Juristischen Staatsprüfung erfolgreich ab. Im Jahr 2000 promovierte sie zum Doktor der Rechtswissen-

schaften. Im Jahre 1993 trat **Dr. Brigitte Mandt** in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen. Bis zum Jahre 1997 war als Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Köln tätig. Im Januar 1998 wechselte sie ins Justizministerium als persönliche Referentin der nordrhein-westfälischen Justizminister **Fritz Behrens** und **Jochen Dieckmann**. Im Jahre 2002 wechselte **Mandt** in die Staatskanzlei und kehrte nach der Abwahl des Ministerpräsidenten Steinbrück im Jahre 2005 ins Justizministerium Nordrhein-Westfalen zurück. Hier übernahm sie als Gruppenleiterin in der Abteilung Justizvollzug Führungsverantwortung, bevor ihr die Leitung der Abteilung 1 des rheinland-pfälzischen Justizministeriums übertragen wurde.

Staatssekretärin **Dr. Mandt** hat sich in der Vergangenheit als kenntnisreiche, integere, glaubwürdige und zuverlässige Gesprächspartnerin erwiesen.

Sie pflegt einen geradlinigen, sachlichen Arbeitsstil ohne den Hang zur Selbstinszenierung. Die **BSBD**-Landesleitung hat der neuen Staatssekretärin zu ihrer Ernennung gratuliert und die Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit angeboten.

OV Köln

Langjährige Mitglieder geehrt

Im Frühjahr fand in der Kantine der Kölner Vollzugseinrichtung eine Mitgliederversammlung des BSBD statt.

Neben der Unterrichtung über die aktuellen gewerkschaftlichen Initiativen auf Landes- und Bundesebene sowie der Beratung interner Angelegenheiten stand die Ehrung langjähriger Mitglieder im Zentrum der Veranstaltung.

OV-Vorsitzender **Heinz-Georg Klein** konnte mit **Alfred Ludemann**, **Peter Brock** und **Rolf Oelke** gleich drei Vertreter des BSBD-Landesvorstandes begrüßen.

Nachdem die drei Vertreter des Landesverbandes über die Wahlprüfsteine, die den Parteien anlässlich der Landtagswahl vorgelegt worden sind, ausführlich referiert hatten, nahm **Klein** die Ehrung langjähriger BSBD-Mitglieder vor. „In unserer überaus schnelllebigsten Zeit ist es schon eine beachtliche Leistung und ein Zeugnis von Stetigkeit, wenn man der Fachgewerkschaft 25 Jahre und länger die Treue gehalten hat. In dieser Zeit haben Sie sich für den Strafvollzug und die Berufsinteressen der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und die Arbeit des Vorstandes kritisch begleitet.“

Eine besondere Freude ist es für mich, mit dem Kollegen **Josef Moers** einen Aktivist der ersten Stunde ehren zu dürfen, der dem BSBD nunmehr 60 Jahre die Treue gehalten hat.

Im Namen des BSBD sowie des Vorstandes des Ortsverbandes Köln bedanke ich mich bei Ihnen und darf Ihnen die Ehrenurkunde und -nadel des Landesverbandes überreichen“, würdigte der Vorsitzende die Jubilare für die langjährige Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit.



Im Bild von links: Alfred Ludemann, Peter Brock (beide stv. Landesvorsitzende), OVW Heinz-Georg Klein, Josef Moers (60 J im BSBD), Lothar Mittek, Wolfgang Theisen (beide 25 J), Bezirkssprecher Rolf Oelke, Ferdinand Schmitz (50 J) sowie die stellvertretenden OV-Vorsitzenden R. Abel und A. Illerhaus.



Im Bild von links: Kollegin Bär, Personalrats- und OV-Vorsitzender Rolf Adler, sowie die Kölner Gruppe auf dem Gelände der JVA Stadelheim.

OV Köln

Bayern war mal wieder eine Reise wert

Den Anpassungsprozess vom Agrar- zum Technologiestandort hat Bayern längst hinter sich. Noch vor wenigen Jahrzehnten als eigenbrötlerisches Bergvölkchen belächelt, haben die Bayern ihren Freistaat zu einer weltweiten Touristenattraktion entwickelt. Im Mai 2010 veranstaltete der OV Köln eine Studienreise nach München. Über vierzig Kolleginnen und Kollegen, Pensionäre und Angehörige waren an Bord, als der komfortable Reisebus Köln, die Hochburg des rheinischen Frohsinns, verließ.

Bevor man sich den touristischen Highlights der bayerischen Hauptstadt hingab, um das Weißbier im Hofbräuhaus oder einem der vielen Biergärten zu testen und zu genießen, stand der Besuch der JVA München-Stadelheim auf dem Programm. Nach der Begrüßung durch den Anstaltsleiter und dem Rundgang durch die Vollzugseinrichtung zeigten sich die Besucher beeindruckt von dem logistischen Aufwand, der betrieben werden muss, um eine Vollzugsanstalt der Größe

Stadelheims in Schwung zu halten. Bereits kleinere Störungen des Betriebsablaufes können erhebliche negative Auswirkungen zur Folge haben. In Stadelheim konnte man zur Kenntnis nehmen, dass Personal nicht im Überfluss zur Verfügung steht und dass sich Bayern aber personellen Aufwand spart, wo er nicht geboten ist.

So führt Bayern die berufliche Qualifizierung der Strafgefangenen weitgehend mit eigenen Kräften durch, spart sich folglich die Beaufsichtigung der Gefangenen, die bei einem Einsatz externer Kräfte unverzichtbar wäre, und erzielt auch noch beträchtliche Einnahmen aus der Gefangenenarbeit. Die Erträge aus der Arbeit der Gefangenen schlugen im letzten Jahr mit 47,8 Mio. Euro zu Buche. Bayern bewegt sich bei einem geringeren Gefangenenbestand auf dem Einnahmenniveau von Nordrhein-Westfalen.

Nach der Besichtigung der JVA Stadelheim hatte deren Personalratsvorsitzender **Rolf Adler** zusammen mit **Bernhard Moninger** und **Anton Schärtl** die weitere Exkursion akribisch geplant. Zunächst ging die Fahrt zur Gedenkstätte Dachau. Das ehemalige Konzentrationslager Dachau wurde am 22. März 1933,

wenige Wochen nachdem Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, für die Aufnahme von politischen Gefangenen errichtet. Das Lager diente als Modell für alle späteren Konzentrationslager. Zudem durchliefen die Wachmannschaften hier die „Schule der Gewalt“. In den zwölf Jahren seines Bestehens waren hier und in zahlreichen Außenlagern über 200.000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert. 41.500 fanden den Tod.



Die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers wurde im Jahr 1965 auf Initiative und nach den Plänen der überlebenden Häftlinge mit Unterstützung des Bayerischen Staates errichtet.

Die doch insgesamt beklemmende Stimmung, die der Besuch des Konzentrationslagers hinterlassen hatte, wich erst, nachdem man sich wieder in München befand und eine durch die Stadelheimer Kollegen sehr kurzweilig, kenntnisreich und humorvoll gestaltete Stadtrundfahrt völlig andere und neue Eindrücke vermittelte. Als Landeshauptstadt hat München tatsächlich vieles zu bieten. Von kulturellen Angeboten auf Weltniveau bis zu den weniger anspruchsvollen Sportveranstaltungen. An warmen Sommertagen lädt das mediterrane Flair der Stadt zum flanieren oder auch zum Besuch eines Biergartens ein.

Nach einem Abstecher an den Tegernsee bildete der Besuch der Augustiner Brauerei den Abschluss der Reise.

Das Augustiner-Bier wurde ab 1328 fast 500 Jahre lang im Kloster der Ordensbrüder nahe dem Dom zu München gebraut. Erst nach der Säkularisierung 1803 und der darauf folgenden Privati-

sierung zog das Augustiner-Bräu 1817 in die Neuhauser Straße, wo heute noch das bekannte Stammhaus steht. Im zweiten Weltkrieg erlitt die Brauerei schwere Bombenschäden.

Mit erheblichem finanziellen Aufwand wurde die Kapazität erweitert. Heute wird auf zwei vollmechanisierten Abfüllstraßen das Flaschenbier abgefüllt, dem Fassbier - im traditionellen Holzfass - widmen die Braumeister ihre besondere Pflege. Das Brauwasser wird aus dem eigenen Brunnen aus 230 m Tiefe gefördert. Es verfügt über eine exzellente Trinkqualität. Und dann stand die Verkostung des Gebräus im hauseigenen Brauereiausschank auf der Tagesordnung. Hier stellten die Kölner Kolleginnen und Kollegen unter Beweis, dass ihnen Qualitätssicherung ein erkennbar persönliches Anliegen ist. Es entwickelten sich in angenehmer Atmosphäre intellektuell weniger anspruchsvolle Gespräche, dafür aber viele angenehme persönliche Kontakte. Der OV Köln bedankt sich ganz herzlich bei den Kollegen aus Stadelheim für die tollen Tage, den herzlichen Empfang und freut sich schon jetzt auf den Gegenbesuch im kommenden Jahr.

OV Heinsberg

Strafvollzugsbedienstete haben ein Herz für kranke Kinder

Im Jahr 2008 gründete sich der Verein zur Förderung krebskranker Kinder. Seither sind die Mitglieder des Vereins „Krebskranke Kinder Ophoven“ engagiert darum bemüht, Spenden zu sammeln, um schicksalhaft erkrankten Kindern zu helfen. Die Krebshilfe verfolgt dabei das Ziel, Betroffenen unbürokratisch, schnell und anonym zu helfen, aber auch medizinisch Notwendiges, psychologische Unterstützung und ambulante Betreuung zu finanzieren. Einen wesentlichen Schwerpunkt stellt auch die internationale Zusammenführung von gesunden und kranken Kindern dar. Hierdurch soll erreicht werden, dass sich erkrankte Kinder nicht auf sich selbst zurückziehen, sondern am Leben teilhaben.

Diese Konzeption hat den Vorstand des BSBD-Ortsverbandes überzeugt, so dass er nach einem Weg suchte, dieses ehrenamtliche Engagement nachhaltig unterstützen zu können. Schnell war auch eine Möglichkeit gefunden, Hilfestellung zu leisten. Neu geworbene Mitglieder erhalten vom BSBD regelmäßig ein Begrüßungsgeschenk. Der Ortsverband bündelt die dafür aufzuwendenden Mittel seit einigen Jahren und beschafft davon Gegenstände, die als attraktive Preise für eine Tombola dienen können. Anschließend werden diese Sachpreise dem Verein „Krebskran-



Die Heinsberger Kolleginnen und Kollegen übergeben Sachpreise an Herrn von Helden (Mi.) vom Verein „Krebskranke Kinder Ophoven“.



OV-Vorsitzender Hans Heinrich Erkens (li.) versichert dem Kollegen von Helden (Mi.), dass der Ortsverband den Verein „Krebskranke Kinder Ophoven“ auch in Zukunft unterstützen werde. Rechts im Bild: Jörg Winkens, Personalratsvorsitzender der JVA Heinsberg.

ke Kinder Ophoven“ übergeben. Der Verein seinerseits veranstaltet stets gut besuchte Tombolen, aus deren Einnahmen sich der Verein zu einem beträchtlichen Teil finanziert. Mit diesen Geldern springt der Verein ein, wenn öffentliche Mittel nicht zur Verfügung stehen oder es darum geht, einem erkrankten Kind einen sehnlichst gehegten Wunsch zu erfüllen. So hat der Ortsverband bereits ein Teleskop inklusive eines Stativs übergeben, das über eine 300fache Vergrößerung verfügt. Im letzten Jahr spendete der Ortsverband einen exklusiven Grillkoffer, der das Herz eines jeden „Freiluftkoches“ hätte höher schlagen lassen. Und in diesem Jahr konnte ein multifunktionaler MP4-Player übergeben werden. Für diese Form der Unterstützung des Vereins „Krebskranke Kinder Ophoven“ bedankt sich der Ortsverbandsvorstand bei allen neuen Mitgliedern.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind zur Regel geworden

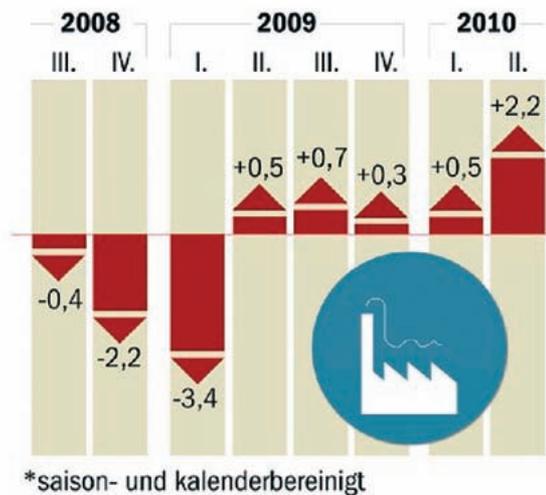
Im letzten Jahrzehnt ist die Lohnentwicklung an Deutschland vorbeigegangen

Arbeitnehmer in Deutschland zu sein war noch vor gut zehn Jahren nicht so schlecht, lag man doch bei der Lohnentwicklung regelmäßig in der Spitzengruppe der Länder Europas. Dies hat sich seither gründlich verändert. Arbeitgeber und Politik haben in den letzten zehn Jahren faktisch eine Revolution von oben ins Werk gesetzt. Nicht nur, dass sich alle Regierungen, egal welcher Couleur, als durch die Wirtschaft erpressbar erwiesen haben, nein, auch die Rahmenbedingungen für die Beschäftigungsverhältnisse haben sich in dramatischer Weise verändert. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind nicht mehr die Ausnahme, sondern nach der Wirtschaftskrise leider zur Regel geworden.

Für die Gewerkschaften kann die Lehre aus dieser Entwicklung nur heißen, einen kräftigen Einkommensnachschlag in den bevorstehenden Tarifrunden durchzusetzen, damit die Umverteilung von unten nach oben endlich gestoppt und in einen gegenläufigen Trend umgekehrt werden kann. Die wohlfeile Argumentation der Wirtschaft, „wenn die Lohnstückkosten zu sehr steigen, sind wir gezwungen, die Arbeitsplätze aus Deutschland weg in Billiglohnländer zu verlagern“, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Gewerkschaften üben über ein Jahrzehnt lang Lohnzurückhaltung. Die Bundesregierungen

Wirtschaft wächst

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in % jeweils gegenüber dem Vorquartal*



Quelle: Stat. Bundesamt

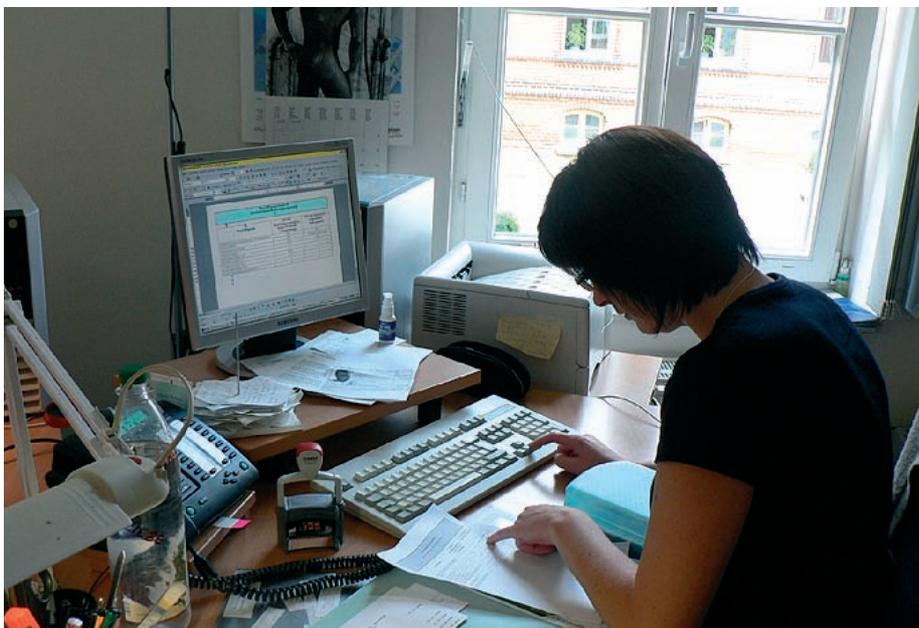


In den zurückliegenden zehn Jahren ist Deutschland im Lohnniveau gegenüber seinen europäischen Nachbarn kräftig abgefallen.

sorgten mit ihren „Steuergeschenken an die starken Schultern“ dafür, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in einem Maße geöffnet hat, wie wir uns das vor nicht allzu langer Zeit nicht hätten ausmalen können.

Das unternehmerische Risiko der Banken ist auf den Steuerzahler übergegangen

Alle abhängig Beschäftigten in Deutschland haben vielfach Reallohnverluste verkraften müssen, während die Kapitalerträge eine explosionsartige



Auch in den Amtsstuben des öffentlichen Dienstes erwartet man von der Tarifrunde 2011 einen kräftigen Einkommenszuwachs.

Aufwärtsentwicklung genommen haben. **Durch den selbst auferlegten Lohnverzicht haben wir das Anwachsen der Spekulationsblase teilweise mit verursacht.** Die aus dem Platzen der Blase resultierende weltweite Wirtschaftskrise machte es alsdann zwingend erforderlich, die Banken mit einem horrenden Aufwand an Steuergeldern zu stützen. **Damit zahlen die abhängig Beschäftigten die Zeche gleich doppelt.**

Neben dem Verzicht auf angemessene Bezahlung ihrer Arbeit haben sie jetzt auch noch das unternehmerische Risiko der Banken mit ihren Steuern zu finanzieren.

Regulierung der globalen Finanzmärkte ist dringend geboten

Politisch sind die erforderlichen Schlüsse aus dieser Entwicklung noch nicht gezogen worden. Eine Regulierung der globalen Finanzmärkte ist jedoch dringend geboten, damit der „Kleine Mann“ beim Platzen der sich bereits wieder bildenden nächsten Spekulationsblase nicht abermals der Dumme ist.

In keinem anderen Land der EU sind die Löhne so langsam gestiegen wie in der Bundesrepublik. Die Bruttolöhne und –gehälter in der Privatwirtschaft erhöhten sich nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes von Anfang 2000 bis Anfang 2010 im Schnitt um 21, 8 Prozent. EU-weit betragen die entsprechenden

Einkommenszuwächse allerdings 35,5 Prozent. Auch bei den Lohnnebenkosten, zu denen die Beiträge zur Sozialversicherung und zur Altersvorsorge gehören, weist Deutschland den geringsten Anstieg auf. Sie legten um 9,3 Prozent zu, während es im EU-Schnitt satte 38,5 Prozent waren.

Wegen der Zurückhaltung der letzten Jahre und der guten konjunkturellen Lage hat nun auch Arbeitsministerin **Ursula von der Leyen** (CDU) kein Hehl daraus gemacht, dass sie die Zeit für kräftige Lohnzuwächse für gekommen hält. „Wir befinden uns in einer stabilen Aufschwungphase, von der auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren müssen“, sagte die Ministerin dem „Hamburger Abendblatt“.

Unsere europäischen Nachbarn sind sauer

Die Kritik an der deutschen Lohnpolitik wird lauter. Unsere EU-Nachbarn befürchten, Deutschland wolle sich mit seiner Lohnzurückhaltung dauerhafte Wettbewerbsvorteile auf Kosten der anderen Euro-Länder verschaffen.

Gleichzeitig falle Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas wegen der schwachen Inlandsnachfrage der Verbraucher für die anderen EU-Staaten als Absatzmarkt faktisch aus. Dabei ist Deutschland für viele Nachbarländer der wichtigste Absatzmarkt.

Tarifrunde im Öffentlichen Dienst steht vor der Tür

Die Gewerkschaften, dies zeichnet sich bereits ab, wollen den von **Ursula von der Leyen** (CDU) proklamierten Einkommensnachschlag in den bevorstehenden Tarifrunden tatsächlich realisieren. Mit der in der Krise geübten Lohnzurückhaltung soll es jetzt vorbei sein. Im öffentlichen Dienst endet die Friedenspflicht mit Ablauf des Jahres 2010. Forderungen sind von der **dbb tarifunion** und **Ver.di** bislang nicht erhoben worden. Sie werden sich aber höchstwahrscheinlich an dem Abschluss für die Beschäftigten des Bundes orientieren. Deren Gehalt wird stufenweise um 3,5 Prozent angehoben. Seitens der **dbb tarifunion** und **Ver.di** war eine Gehaltserhöhung von 5 Prozent gefordert worden.

Wachstum 2010 erstmals seit vielen Jahren wieder über 3 Prozent

Die deutsche Wirtschaft erlebt einen Aufschwung, der selbst die Wirtschaftsweisen überrascht. Nach ihren Schätzungen kann das Wachstum 2010 erstmals seit vielen Jahren wieder über 3 Prozent betragen. Für 2011 haben sie jedoch konjunkturelle Risiken ausgemacht, die uns vom Ausland drohen.

So befürchten sie das Einbrechen der Konjunktur in den USA. Dies könne sich in erheblichem Umfang belastend für die konjunkturelle Lage Deutschlands auswirken. Um hier gegenzusteuern ist nach Ansicht der Experten die nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage unverzichtbar.

Konjunkturelle Situation ist abgesichert

Wenn wir also zu Beginn des kommenden Jahres eine angemessene Einkommensanpassung für die Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienstes fordern werden, müssen wir uns erstmals nicht vorhalten lassen, dies würge die Konjunktur ab. Wir können uns vielmehr sicher sein, dass die konjunkturelle Situation durch Stärkung der Binnennachfrage abgesichert wird.

Für die Gewerkschaften, denen Tarifverhandlungen ins Haus stehen, heißt es diesmal: ein kräftiger Schluck aus der Pulle muss es im kommenden Jahr schon sein.

Besuchen Sie uns im Internet

www.bsbd-nrw.de